

34
79

Union in Deutschland

Bonn, den 11. Oktober 1979

Antwort an Breschnew

Die Vorschläge des sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew zur Rüstungspolitik sind ein zögerlicher Schritt in die richtige Richtung, stellte Helmut Kohl zu den Erklärungen Breschnews am Wochenende in Ost-Berlin fest.

Die CDU/CSU begrüßt die Bereitschaft der Sowjetunion, ihre Truppen in der DDR zu vermindern, weiter vertrauensbildende Maßnahmen in Europa zu vereinbaren und die Begrenzung nicht nur der interkontinentalen, sondern „auch anderer Waffen“ im Rahmen von SALT III zu erörtern. CDU/CSU werden die Sowjetunion aber nicht an ihren Worten, sondern allein an ihren Taten messen.

Der Verlauf der weiteren Verhandlungen im Rahmen von MBFR, die Ergebnisse der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid im nächsten Jahr und die konkreten Vorschläge Moskaus für die SALT III-Gespräche mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind für uns der wesentliche Gradmesser der sowjetischen Bereitschaft zur Rüstungskontrolle und Truppenabbau in Europa.

Ziel dieser Verhandlungen muß es sein, das Ungleichgewicht in Europa abzubauen, das durch die sowjetische Aufrüstung im konventionellen Bereich und vor allem durch das bestehende

(Weiter auf Seite 2)

■ WAHLEN IN BREMEN

Protestwähler nahmen zu / Erklärungen von Heiner Geißler und Bernd Neumann / Ergebnisse und Analyse Kommunalwahlen in Mittelhessen: Ergebnisse Seite 5—7

■ DGB

Dialog über Grundsatzprogramm Seite 8

■ KOALITION

Atomarer Zündstoff für den SPD-Parteitag Seite 9

■ DATENSCHUTZ

Die Union fordert besseren Schutz vor der Datenbürokratie Seite 11

■ VERFASSUNGSSCHUTZ

Bericht klammheimlich korrigiert Seite 14

■ MEDIEN

Die Angst vor Radio Luxemburg Seite 15

■ DOKUMENTATION

10 Thesen zur SPD-Rechtspolitik grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Monopol der Sowjetunion auf der Ebene der nuklearen Mittelstreckenwaffen entstanden ist.

Die Rede Breschnews hat erneut deutlich gemacht, daß zwischen der Sowjetunion und den NATO-Mitgliedsländern nach wie vor ein fundamentaler Unterschied in der Beurteilung des Kräftegleichgewichts in Europa fortbesteht. Für die CDU/CSU sind die sowjetischen Vorschläge nur ein erster Ansatz, um die einseitige sowjetische Aufrüstung zu bremsen und die sowjetische Überlegenheit zu reduzieren. Bis zur Wiederherstellung eines ausgewogenen Kräftegleichgewichts bleibt noch ein weiter Weg.

CDU/CSU weisen deshalb mit Nachdruck die Drohung Breschnews zurück, daß die bevorstehende Entscheidung der NATO zur Modernisierung und Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa die Lage in Europa verschärfe und die Gefahr eines Gegenschlages gegen die Bundesrepublik Deutschland erhöhe.

Das Prinzip der gleichen Rechte und der gleichen Sicherheit muß für beide Seiten gelten. Solange die Sowjetunion zu keinen tiefgreifenderen Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen bereit ist, kann die NATO auf die Modernisierung und Stationierung von Mittelstreckenwaffen nicht verzichten. Nicht die NATO, sondern die Sowjetunion hat trotz erklärter Entspannungspolitik durch ihre Aufrüstung das Kräftegleichgewicht in Europa in den letzten zehn Jahren entscheidend verändert.

Es wird der Sowjetunion auch durch Drohungen nicht gelingen, die Bundesrepublik Deutschland sicherheitspolitisch von der NATO abzukoppeln.

Wir warnen die SPD, die sowjetischen Vorschläge zum Anlaß zu nehmen, um die notwendigen Entscheidungen der NATO zu vertagen oder ihre Durchführung zu behindern. Die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland dürfen nicht aus wahlaktischen Gründen aufs Spiel gesetzt werden.

■ INFORMATION

Union besteht auf Steuerentlastung

Die CDU/CSU-Fraktion hat, wie der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, erklärte, den Antrag der Unionsländer im Bundesrat, Steuerentlastungen bereits 1980 vorzunehmen, begrüßt. Die Bundestagsfraktion hatte die Bundesregierung schon seit langem aufgefordert, zum 1. Januar 1980 die Steuerbelastung durch einen neuen Einkommensteuertarif deutlich zu mindern. Es handelt sich

darum, die durch die Steuerprogression bedingten heimlichen Steuererhöhungen zu beseitigen.

Die Umwandlung des Kinderbetreuungsbetrages in einen Kinderfreibetrag soll den bürokratischen Unsinn des Belegesammelns beseitigen und den Leistungsgedanken in der Familienpolitik wieder zum Zuge bringen. Dies sieht ein Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ab 1980 vor. Im Antrag der Unionsländer ist eine Aufstockung des Kinderfreibetrags ab 1981 enthalten.

Diese Vorschläge stellen einen ersten Schritt zu einer grundlegenden Reform des Einkommensteuerrechts dar, damit Leistung und Arbeit nicht mehr länger bestraft werden.

Walther Leisler Kiep Spitzenkandidat in Niedersachsen

Der CDU-Landesvorstand hat einstimmig beschlossen, den zuständigen Gremien vorzuschlagen, Finanzminister Walther Leisler Kiep in Niedersachsen als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 1980 zu nominieren. Kiep erklärte hierzu vor der Presse, daß seine Nominierung mit der CDU in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen abgestimmt worden ist. Er erwarte, daß die CDU/CSU die Wahl gewinne und daß er dann nach Bonn gehen werde. Seine Nominierung sei ein Beitrag der CDU Niedersachsens zum Bundestagswahlkampf, bei dem es für die Union darum gehe, die SPD/FDP-Koalition in Bonn abzulösen.

JU kämpft für Strauß

Die Junge Union (JU) wird nach den Worten ihres Bundesvorsitzenden Wißmann „mit Engagement“ für einen Wahlsieg der Union unter deren Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß kämpfen. Nach einem mehr als dreieinhalbstündigen Gespräch der gesamten JU-Spitze mit Strauß und Stoiber erklärte Wißmann, man habe sich nicht bei Rückblicken aufgehalten, sondern über die Zukunft gesprochen. Jetzt gehe es darum, die gemeinsame Sache zu vertreten, was übrigens schon bei den unterschiedlichen Stellungnahmen der JU gegen die kürzlichen antidemokratischen Ausschreitungen gegen Strauß in Nord-

deutschland zum Ausdruck gekommen sei. Wißmann betonte, ein Regierungswechsel 1980 liege im dringenden Interesse der Jugend. Franz Josef Strauß werde zum Deutschlandtag der Jungen Union (24./25. November in Hannover) kommen.

Emnid: Mehrheit wünscht 1980 Regierungswechsel

Die Mehrheit der Bundesbürger — 51 Prozent — befürwortet einen Regierungswechsel bei der Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres. 46 Prozent sind der Auffassung, daß es auch nach 1980 bei der SPD/FDP-Koalition bleiben sollte. Dies wurde vom Emnid-Institut bei einer Meinungsumfrage ermittelt. Drei Prozent lehnten es ab, sich zu äußern. Von den Meinungsforschern wurden 1008 Personen befragt, die einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung darstellen. Die Ergebnisse wurden wie üblich hochgerechnet.

Gespräch mit Theaterfachleuten

Zu einem „Werkstatt“-Gespräch zum Thema „Theater heute: Zwischen Autorenwille und Publikumsgeschmack“ hatten Volkmar Köhler, MdB, Vorsitzender des Gesprächskreises Kunst und Kulturpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Minister a. D. Scherer, MdL, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Kulturpolitik der CDU, nach Bonn eingeladen. An dem Gespräch, das als erstes einer geplanten Reihe von Werkstattgesprächen den Dialog zwischen Künstlern und Politikern vertiefen soll, nahmen die Intendanten, Prof. August Everding, Staatsintendant der Bayerischen Staatsooper München und Präsident des Deutschen Bühnen-

vereins, Regisseur Harry Buckwitz, Volker von Collande, Intendant des Theaters der Stadt Wolfsburg, Prof. Kurt Hores, Intendant des Stadttheaters Darmstadt, und Hellmuth Matiassek, Generalintendant der Wuppertaler Bühnen, teil. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen sowohl die organisatorischen und finanziellen als auch die künstlerischen Probleme, die sich dem Theater heute stellen.

Entlassung von DKP-Mitglied rechtmäßig

Die Entlassung eines Mitarbeiters der Kreisverwaltung Pinneberg wegen Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und deren Jugendorganisation SDAJ ist vom Oberverwaltungsgericht in Lüneburg für rechtmäßig erklärt worden. Der betroffene ehemalige „Kreisinspektorenwärter im Beamtenverhältnis auf Widerruf“ hatte, wie aus dem Urteil des Fünften Senats hervorgeht, in der Gerichtsverhandlung seine Mitgliedschaft ausdrücklich bestätigt und sich in persönlichen Erklärungen zu den Zielen der DKP bekannt. Der OVG-Senat meinte in seinem Urteil, die Mitgliedschaft in beiden Organisationen begründeten Zweifel an der Verfassungstreue eines Beamten, weil die politischen Zielsetzungen der DKP mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes nicht vereinbar seien. (Aktenzeichen V OVG A 41/77)

Zwischenlager sind eine Energiereserve

Eine Zwischenlagerung von ausgebrannten Kernbrennstäben ist nach den Worten des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht durchaus kein Nachteil. Wie Albrecht in ei-

nem Gespräch mit dem Handelsblatt erklärte, sieht er in solchen Lagern eine „verlässliche nationale Energiereserve“, wenn die Ölvorräte auf der Welt knapp werden.

Bürokratisierung im Krankenhausbereich verhindern

Mit Sorge beobachtet der Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik die zunehmende Bürokratisierung und Reglementierung in weiten Bereichen des Gesundheitswesens, die sich aus der Umsetzung von EG-Richtlinien in nationales Recht ergeben. Mehr und mehr werden damit auch im Gesundheitswesen Ordnungsstrukturen in Frage gestellt. Unter dem Gesichtspunkt dieser Strukturen unterstrich der Bundesfachausschuß anläßlich einer Erörterung des in den Beratungen der Bundestagsausschüsse befindlichen Krankenpflegegesetzes, daß nach seiner Auffassung die Krankenpflegeschulen Teil der Krankenhäuser bleiben müßten und daß damit die Unterstellung der Krankenpflegeausbildung unter das Berufsbildungsgesetz abzulehnen sei.

Gerade die Humanität im Krankenhaus sei in erster Linie durch die Einstellung zum Beruf und die damit verbundene Zuwendung zum Patienten zu erreichen. Neben dem notwendigen theoretischen Wissen müsse daher dieser Aspekt der patientenbezogenen Krankenpflege unabdingbarer Teil der Krankenpflegeausbildung bleiben. Außerdem würde die Herausnahme der Krankenpflegeausbildung aus dem Kompetenzbereich der Krankenhäuser das Ende für freigemeinnützige Krankenhäuser bedeuten, auf die nicht verzichtet werden könne.

■ BÜRGERSCHAFTSWAHL BREMEN

Protestwähler nahmen zu

Die Bremer Wahl ist kein Test für künftige Wahlentscheidungen, stellte Generalsekretär Heiner Geißler fest. Der Ausgang dieser Wahl bietet allerdings Anlaß, die Bürger verstärkt über die Vorschläge der CDU zu informieren, den nach uns kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu sichern, der drohenden Jugendarbeitslosigkeit Anfang der 80er Jahre zu begegnen sowie durch eine bessere Familienpolitik und eine Politik der Gleichberechtigung der Frau „ohne Wenn und Aber“ den durch das Geburtendefizit entstehenden Generationenkonflikt zu beseitigen. Zur Zukunftssicherung gehört aber auch, für unser Land auf lange Sicht eine ausreichende Energieversorgung zu tragbaren Preisen sicherzustellen.

Das Bremer Wahlergebnis sollte allen Parteien zu denken geben, denn verloren haben alle“, mit diesen Worten kommentierte Bernd Neumann, Spitzenkandidat der CDU in Bremen, den Ausgang der Wahlen, bei denen die Grünen mit 5,1 Prozent den Sprung ins Parlament geschafft haben. Zu dem Verlust von knapp zwei Prozent der CDU meinte Neumann: „Die Auseinandersetzungen in unserer Partei haben Stimmen gekostet, das hat die Ergebnisse sicher belastet.“ Dennoch ist der CDU-Landesvorsitzende nicht pessimistisch im Hinblick auf die Bundestagswahl 1980: „Wir haben noch zwölf Mo-

nate, um uns zu verbessern und bei der Bundestagswahl im Aufwind zu segeln.“ Eine erste Auswertung des Wahlergebnisses durch die Abt. Analysen der Bundesgeschäftsstelle ergibt folgendes Bild: Die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft brachte bei einer Wahlbeteiligung von 78,5 % ein Ergebnis, das auf den ersten Blick Stabilität signalisieren mag, bei näherem Betrachten jedoch deutliche Anzeichen von Veränderungen auf dem politischen Markt offenbart. Zwar schaffte es die SPD mit 49,4 % der Stimmen (ca. 201 000 Wähler) und 52 von 100 Mandaten, die absolute Mehrheit der Sitze in der Bürgerschaft zu verteidigen, doch ist diese relative Stabilität gegenüber dem Ergebnis von 1975 eher vordergründig.

Die CDU im kleinsten Bundesland konnte sich mit 31,9 % (rd. 130 000 Wähler) und 33 Sitzen in der Bürgerschaft auf ihre Stammwählerschaft verlassen. Die FDP errang mit 10,8 % (ca. 44 000 Wähler) 11 Sitze in der Bürgerschaft.

Das eigentlich Interessante ist das Abschneiden der „Grünen“: Immerhin votierten rd. 21 000 Wähler für diese Gruppierung, die damit 5,1 Prozent und 4 Sitze im Parlament errang. Rechnet man dazu noch die 1,4 % der „Alternativen Liste“, dann ergibt sich mit 6,5 % ein Potential, gegen das die 1,4 % von DKP, EAP, KWB und NPD bedeutungslos werden. Rechnet man alle „Sonstigen“ zusammen, ergibt sich mit ca. 8 % ein recht beachtlicher Anteil von

Gesamtergebnis Land Bremen

			Sitze	1975	Sitze	1976
abgegebene Stimmen	409 168	78,49 %		82,19 %		90,00 %
SPD	201 116	49,43 %	52	48,75 %	52	54,00 %
CDU	129 962	31,94 %	33	33,76 %	35	32,50 %
FDP	43 723	10,75 %	11	12,95 %	13	11,80 %
Alternative Liste	5 515	1,36 %		0,00 %		0,00 %
Grüne	20 911	5,14 %	4	0,00 %		0,00 %
DKP	3 331	0,82 %		2,15 %		0,80 %
Sonstige	2 303	0,56 %		1,68 %		0,70 %

Stadt Bremen

abgegebene Stimmen	336 267	79,98 %		83,85 %		90,80 %
SPD	163 061	48,70 %	41	48,15 %	41	53,30 %
CDU	107 194	32,02 %	26	33,62 %	28	32,60 %
FDP	37 132	11,09 %	9	13,50 %	11	12,30 %
Alternative Liste	4 567	1,36 %		0,00 %		0,00 %
Grüne	17 911	5,35 %	4	0,00 %		0,00 %
DKP	2 911	0,87 %		2,24 %		0,80 %
Sonstige	2 022	0,60 %		1,76 %		0,70 %

Stadt Bremerhaven

abgegebene Stimmen	72 901	72,27 %		75,36 %		86,70 %
SPD	38 055	52,81 %	11	51,51 %	11	57,10 %
CDU	22 768	31,59 %	7	34,43 %	7	32,10 %
FDP	6 591	9,15 %	2	10,41 %	2	9,60 %
Alternative Liste	948	1,32 %		0,00 %		0,00 %
Grüne	3 000	4,16 %		0,00 %		0,00 %
DKP	420	0,58 %		1,70 %		0,60 %
Sonstige	281	0,39 %		1,39 %		0,50 %

Wählern, die keiner der drei „großen“ Parteien ihre Stimme gaben.

Betrachtet man die Veränderungen gegenüber der vorangegangenen Wahl von 1975, dann ergeben sich folgende Werte:

CDU —1,9

SPD +0,7

FDP —2,2

Diese Zahlen sind allerdings nur bedingt aussagefähig. Denn: Die Wahl von

1975 fand in einem Meinungsklima statt, das für die FDP extrem günstig war. Auch die SPD lag damals unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Nimmt man als Vergleich die Bundestagswahl 1976 oder die Europawahl 1979, dann zeigt sich, daß die SPD ihr Potential nicht ausschöpfen konnte, die CDU hingegen ein eher „normales“ Ergebnis erreichte.

In Bremen wiederholte sich das Muster, das bereits bei der Europawahl abgelaufen ist:

— SPD gewinnt dort stärker, wo sie schon 1975 stark war (Hochburgen) und verliert dort, wo sie 1975 schon schwach war,

— die CDU verliert dort am stärksten, wo sie bereits 1975 stark war, auch FDP verliert dort am meisten, wo sie relativ stark war,

— die Grünen gewinnen dort am meisten, wo sie bereits bei den Europawahlen stark waren.

Daraus ergibt sich: Den Oppositionsparteien CDU und FDP ist es nicht gelungen, das vorhandene Protestpotential zu ihren Gunsten zu kanalisieren. Da die SPD in diesen Bereichen ebenfalls verlor, gingen diese Stimmen an die Grünen.

Die Wahl der Grünen stellt sich somit als Protest gegen alle drei traditionellen Parteien heraus, der aber die SPD und FDP stärker getroffen haben dürfte als die CDU.

Da sich — nach bisherigem Erkenntnisstand — die Bilder dieser Wahl mit denjenigen der Europawahl decken, ist davon auszugehen, daß die Grünen vor allem von Jugendlichen gewählt wurden. Dabei gilt: je jünger die Jugendlichen, um so höher ihre Bereitschaft, „Grüne“ zu wählen.

Da es sich bei den Gewinn- und Verlustrechnungen um saldierte Veränderungen handelt, bedeuten die Ergebnisse der „Grünen“ in den CDU-starken Gebieten noch lange nicht einen direkten Wähleraustausch zwischen CDU und „Grünen“. Vielmehr deuten Ergebnisse von Wanderungsrechnungen darauf hin, daß im wesentlichen ein Ringtausch von der CDU an die SPD und von der SPD an die „Grünen“ stattgefunden hat.

Freilich: Diese auch für künftige Wahlen außerordentlich wichtige Frage wird jetzt in einer Nachwahluntersuchung sorgfältig zu prüfen sein.

Kommunalwahlen in Mittelhessen: Stammwählerpotential ausgebaut

Mit dem Ergebnis der kommunalen Nachwahlen in Mittelhessen, die durch die Auflösung der Retortenstadt Lahn und des Mammutkreises Lahn-Dill notwendig geworden waren, bin ich rundum zufrieden, erklärte Alfred Dregger als Landesvorsitzender der hessischen CDU. Der CDU ist es gelungen, ihr Stammwählerpotential weiter auszubauen.

Gegenüber den letzten „normalen“ Kommunalwahlen hat die Union an Lahn und Dill ihre Stellung kontinuierlich ausbauen können. Die Wahlergebnisse lediglich mit jenen der „Lahn-Pro-

testwahl“ von 1977 vergleichen zu wollen, bei der die CDU sensationelle 56,1 Prozent errungen hatte, gibt kein wirklich objektives Bild.

Die Erfolge der CDU in Mittelhessen, die ihr in der Stadt Gießen mit 51,2 Prozent die absolute Mehrheit brachten und in den Kreisen Gießen und Lahn-Dill gemeinsam mit den Freien Wählern die Übernahme der Verantwortung ermöglichen, ist auf die konsequente Politik der Union in der Frage der Stadt Lahn zurückzuführen. Den Kampf um die Kreisfreiheit Gießens wird die CDU weiter fortführen.

Kreistagswahlen Lahn-Dill und Gießen

(in Klammern Ergebnisse von 1977)

Wahlbeteiligung	244 549	72,9 %	(80,6)
CDU	105 210	43,6 %	(46,9)
SPD	109 004	45,1 %	(38,3)
FDP	9 729	4,0 %	(4,4)
FWG	14 307	5,9 %	(9,1)
DKP	1 364	0,6 %	(0,9)
Grüne	1 920	0,8 %	(0,0)

Lahn-Dill-Kreis

Wahlbeteiligung	122 574	69,4 %	(77,9)
CDU	52 780	43,4 %	(47,4)
SPD	54 653	45,0 %	(36,7)
FDP	4 781	3,9 %	(4,2)
FWG	6 879	5,7 %	(10,7)
DKP	496	0,4 %	(0,7)
Grüne	1 952	1,6 %	(0,0)

Stadt Gießen

Wahlbeteiligung	35 751	74,3 %	(77,6)
CDU	18 033	51,2 %	(55,9)
SPD	13 868	39,4 %	(32,6)
FDP	1 542	4,4 %	(5,2)
FWG	463	1,3 %	(3,5)
DKP	279	0,8 %	(2,1)
Grüne	1 042	3,0 %	(0,0)

Kreis Gießen

Wahlbeteiligung	121 975	76,8 %	(85,9)
CDU	52 430	43,7 %	(42,5)
SPD	54 351	45,3 %	(43,2)
FDP	4 948	4,1 %	(4,5)
FWG	7 428	6,2 %	(8,9)
DKP	868	0,7 %	(0,6)

Stadt Wetzlar

Wahlbeteiligung	27 817	69,0 %	(78,3)
CDU	11 045	40,1 %	(49,6)
SPD	12 976	47,2 %	(35,1)
FDP	1 308	4,7 %	(4,8)
FWG	1 491	5,4 %	(9,3)
DKP	214	0,8 %	(1,0)
Wetzlar Block	485	1,8 %	(0,0)

■ DGB

Dialog über Grundsatzprogramm

Die CDU wird den vom Bundesvorstand des DGB vorgelegten Entwurf für ein Grundsatzprogramm eingehend prüfen, stellte Heiner Geißler in Bonn fest.

Die CDU wird sehr genau analysieren, welche programmatische Entwicklung der DGB von seinen Grundsatzaussagen des 49er Gründungskongresses über das noch geltende Grundsatzprogramm von 1963 bis zur Erarbeitung des jetzigen Entwurfes genommen hat.

Für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft ist ein sachliches, konstruktives Verhältnis zwischen der Union, der stärksten politischen Kraft im Lande, und der Gewerkschaftsbewegung unverzichtbar. Wir wollen deshalb nicht die Konfrontation mit den Gewerkschaften, sondern die Diskussion über Sachthemen. Dabei wird sich zeigen, wo sich unsere Positionen überschneiden, wo es sachliche Differenzen gibt, die überwindbar sind, und wo unüberwindbare Unterschiede liegen.

Der Stil dieses Dialoges wird bestimmt sein von der Entschlossenheit des DGB, im Verhältnis zwischen CDU und Gewerkschaftsbewegung sich allein von der Sache leiten zu lassen.

Für den 8. November 1979 ist ein Expertengespräch zwischen Vertretern des DGB und der CDU-Bundesgeschäftsstelle vereinbart. Thema: die vergleichende Betrachtung des CDU-Grundsatzprogramms mit dem Entwurf des DGB-Programms.

■ KOALITION

Atomarer Zündstoff für den SPD-Parteitag

Die Kluft zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie in der SPD ist trotz beschwörender Worte der Parteispitze nicht überbrückt worden: Bundeskanzler Helmut Schmidt bekam zwar am vergangenen Wochenende die Unterstützung des stärksten Bezirksverbandes Westliches Westfalen und anderer Parteibeirke, zugleich verschärfte aber auch die Kritiker seines Kurses auf Delegiertenversammlungen ihren Widerstand.

Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten haben sich auf ihrem Parteitag in Burg auf der Insel Fehmarn für einen Ausstieg aus der Kernenergie entschieden. Nach dreistündiger Debatte gingen sie mit überwältigender Mehrheit auf Kollisionskurs zur Politik Schmidts.

Für einen „geordneten Rückzug aus der Kernenergie“ sprach sich die ostbayerische SPD aus.

Um ein Haar hätten die SPD-Delegierten im Bezirk Rheinland/Hessen-Nassau der Energiepolitik von Schmidt eine Niederlage bereitet. Auf ihrem Parteitag in Trier wurde mit 76 gegen 75 Stimmen und nur wenigen Enthaltungen der Leitanspruch des Bezirksverbandes angenommen.

Mit einer Zweidrittelmehrheit der 150 Delegierten hat der SPD-Bezirksparteitag Nordniedersachsen in Walsrode den Bau zusätzlicher Kernkraftwerke befürwortet, wenn die Entsorgung gesichert sei.

Die Saar-SPD hält ebenfalls an der Haltung des Hamburger Parteitages fest, strebt allerdings eine Energiepolitik an, die langfristig den völligen Verzicht auf Kernkraft ermöglichen soll.

Zu diesem Dilemma erklärte der Vorsitzende des Bundesausschusses Energie und Umwelt, MdB Heinz Riesenhuber: Die Energiepolitik des Bundeskanzlers steht nach wie vor auf tönernen Füßen. Der vom Bundesvorstand der SPD verabschiedete Leitanspruch zum Bundesparteitag im Dezember konnte nur mühsam gegen den Antragsentwurf der Kommissionsminderheit, die die Nutzung der Kernenergie schlichtweg ablehnt, durchgesetzt werden.

Dieser Kompromiß kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß SPD-Beschlüsse in Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen Süd und Hannover im Gegensatz zur erklärten Energiepolitik der Bundesregierung und teilweise auch zum Inhalt des verabschiedeten Leitanspruchs stehen.

Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg: Die energiepolitischen Auseinandersetzungen haben die SPD bundesweit in eine schwere Zerreißprobe geführt, die ihre Regierungsfähigkeit in Frage stellt.

Regierung desavouiert eigene Frauenbeauftragte

Zu der Reihe der Mißerfolge von Familienministerin Antje Huber kommt der unglückliche Start der Frauenbeauftragten Marlies Kutsch hinzu. Frau Kutsch hatte unmittelbar nach ihrer Berufung in einem Pressegespräch gefordert, Frauen sollen künftig einen „Rechtsanspruch“ auf die Hälfte des Einkommens ihres Ehemannes haben, weil das bare Einkommen in der Ehe „wirklich Eigentum von beiden Partnern

werden“ müsse. Von diesen Forderungen hat sich nun ihr eigener Parlamentarischer Staatssekretär Zander distanziert. Auf eine vom CDU/CSU-Abgeordneten Albrecht Hasinger gestellte Frage, ob die Bundesregierung eine der Forderung der Frau Kutsch entsprechende Gesetzesinitiative erwäge, antwortete er: „Die Bundesregierung denkt nicht daran, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.“

Getarnte Volksfront

Unter der Maske parteipolitischer Neutralität wurde im Frühjahr 1979 ein Heinrich-Heine-Fonds zur Unterstützung „für Betroffene der Berufsverbote“ gegründet. Zu den Unterzeichnern dieses Fonds zählten u. a. die Schriftsteller Bernt Engelmann (SPD) und Franz Xaver-Kroetz (DKP), der SPD-Abgeordnete Klaus Thüsing und der Jungdemokratenvorsitzende Christoph Strässer. Gleichzeitig lief eine Spendenaktion der „Deutschen Volkszeitung“, Organ der kommunistischen Deutschen Friedensunion. Kürzlich teilte nun die Redaktion mit, daß der „Verlag der DVZ jetzt den Zeitpunkt für reif hält, die eigenen Bemühungen für vom Berufsverbot Betroffene mit dem Heinrich-Heine-Fonds zu vereinigen“. Die DVZ wird Spendengelder ab sofort an den Heinrich-Heine-Fonds weiterleiten. Damit ist der volksfrontpolitische Charakter dieser Aktion für jeden sichtbar.

Hamburger SPD macht Gesamtschule zur Regelschule

Die der CDU und CSU angehörenden Kultusminister haben die von der SPD-Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft beschlossene Aufwertung der Gesamtschule zur „Regelschule“ scharf kritisiert. Die Hansestadt setze sich damit einseitig über das Hamburger Ab-

kommen zur Vereinheitlichung des Schulwesens aus dem Jahre 1964 hinweg. „Unsere Bemühungen, die Einheitlichkeit des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und damit die Möglichkeit, weiterhin die Schulabschlüsse problemlos gegenseitig anzuerkennen, werden durch das Hamburger Vorgehen in Frage gestellt“, bedauerten die Unionspolitiker.

Es sei doppelzünftig, wenn die von der SPD/FDP getragene Bundesregierung einerseits im Mängelbericht die Auseinanderentwicklung im Bildungswesen beklage und andererseits die von der SPD regierten Länder durch einseitiges Vorgehen die Einheitlichkeit zerstören. Es müsse eindeutig klargemacht werden, daß die SPD-regierten Länder „die Verantwortung dafür tragen, wenn die Abschlüsse der betroffenen Schüler nicht anerkannt werden können“.

Fraktionsgeschäftsführer der SPD tritt aus

Der Geschäftsführer der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, Kaub, hat sein Amt niedergelegt und den Austritt aus der Partei bekanntgegeben. In einer Erklärung kündigte Kaub an, er wolle den „Grünen“ seine Mitarbeit anbieten.

Judos: Nur punktuelle Hilfe für die FDP

Die Jungdemokraten wollen im Bundestagswahlkampf 1980 nur „punktuell“ mit der FDP zusammenarbeiten, kündigte der Bundeshauptausschuß der FDP-nahen Nachwuchsorganisation in Aschaffenburg an. Die Jungdemokraten wollen mit einer eigenen „Wahlplattform“ in den Bundestagswahlkampf ziehen und ihre Unterstützung der FDP auf die „den Jungdemokraten nahestehenden Kandidaten beschränken“.

■ DATENSCHUTZGESETZ

Union fordert besseren Schutz vor der Daten-Bürokratie

Die Würde des Menschen und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit sind die fundamentalen und unverzichtbaren Grundwerte unserer Verfassung. Diese Güter sind auf das höchste gefährdet, wenn es uns nicht gelingt, dem einzelnen Menschen einen persönlichen Freiraum vor den immer perfekter werdenden Informationsspeichern und Rechenzentren der öffentlichen und privaten Bürokratien zu erhalten, stellte MdB Benno Erhard in Bonn fest.

Das im Jahre 1976 verabschiedete und am 1. Januar 1978 in Kraft getretene Bundesdatenschutzgesetz hat die Aufgabe, dem Bürger diesen Freiraum zu sichern und ihn vor Mißbrauch bei der Sammlung und Verarbeitung personenbezogener Daten zu schützen. Das Gesetz wird diesem Auftrag nicht gerecht und ist unzulänglich. Die schon jetzt vorliegenden Erfahrungen zeigen erhebliche Mängel und Lücken in dem Gesetz.

— Die Bürger werden durch das Gesetz nur unvollkommen geschützt.

— Die im Gesetz verwendeten Begriffe sind ungenau und verwaschen. Sie müssen im Interesse der Bürger durch präzisere Regelungen ersetzt werden.

— In bestimmten Bereichen wie bei den Sicherheitsbehörden fehlen Vorschriften, die in einem ausgewogenen

Maße der besonderen Aufgabenstellung gerecht werden, andererseits den Schutz der Individualrechte garantieren.

Die CDU/CSU hat bei der parlamentarischen Beratung des Bundesdatenschutzgesetzes bereits im Jahre 1976 einen stärkeren Schutz der Individualrechte gefordert. Die Vorschläge der Union sind seinerzeit von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden. Angesichts der immer deutlicher werdenden Mängel und Lücken des Bundesdatenschutzgesetzes fordert die CDU/CSU eine Novelle des Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode, die folgende Grundsätze zum Inhalt haben muß:

I. Besserer Bürgerschutz gegenüber Behörden

① Behörden dürfen personenbezogene Daten nur aufgrund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung verarbeiten.

② Der Bürger muß über die Verwendung seiner personenbezogenen Daten durch die Behörden besser unterrichtet werden:

— Über die erstmalige Speicherung seiner Daten ist er von Amts wegen zu unterrichten.

— Auch über Änderungen oder Berichtigungen seiner Daten ist er von Amts wegen zu unterrichten.

— Der Bürger muß einen Anspruch auf kostenfreie Auskunft haben.

Darüber hinaus ist anzustreben, daß Daten außerhalb des Bereichs, für den sie erhoben sind, nur mit Zustimmung des betroffenen Bürgers weitergegeben werden dürfen.

③ Der betroffene Bürger muß einen Schadensersatzanspruch ohne Nachweis eines Verschuldens der Behörde bis zur Höhe von 250 000 DM erhalten.

④ Wenn personenbezogene Daten nicht mehr gebraucht werden, darf es der Behörde nicht mehr freistehen, ob sie die Daten nur sperren oder löschen will. Für bestimmte Bereiche sind Löschungsfristen ausdrücklich zu bestimmen.

II. Besserer Bürgerschutz gegenüber nichtöffentlichen Stellen

① Das Geburtsdatum muß stärker als bisher geschützt werden.

② Durch die Speicherung und Weitergabe von Namen, Anschrift, akademischer Grad und Rufnummer werden Persönlichkeitsrechte im Regelfall nicht beeinträchtigt.

③ Andererseits dürfen personenbezogene Daten für karitative Zwecke oder für Jubiläen erleichtert weitergegeben werden.

④ Personenbezogene Daten dürfen nur für die Zwecke genutzt werden, für die sie die empfangende Stelle erhalten hat.

⑤ Der Auskunftsanspruch des Betroffenen ist im Grundsatz auf alle gespeicherten Angaben zu erweitern.

⑥ Werden aufgrund von Auskünften einer Auskunft negative Entscheidungen getroffen, so ist das dem Betroffenen auf Verlangen mitzuteilen.

⑦ Der speichernden Stelle darf es nicht freistehen, ob sie Daten, deren Kenntnis nicht mehr erforderlich ist,

sperrt oder löscht; sie sind immer zu löschen.

III. Klarstellung von Begriffen

① Der Dateibegriff hat sich nicht bewährt, er muß wegfallen. Der gesetzliche Datenschutz soll künftig auf jede Art automatisierter Datenverarbeitung beschränkt werden. Ausnahmen sind nur Datenträger, die eine automatisierte Übertragung nicht zulassen.

② Den Begriff „Datenverarbeitung“ in vier Phasen zu zerlegen, hat sich nicht bewährt. Es muß klargestellt werden, daß alle Verarbeitungsstufen und jede Nutzung von Daten dem Datenschutz unterliegen.

③ Der Datenschutz ist in das Vorfeld der Datenerfassung, nämlich bereits in das Abfragen und anderweitige Erheben von Daten vorzuverlegen.

IV. Bereinigung von Bestimmungen, die sich nicht bewährt haben

① Der Auskunftsanspruch ist für Daten auszuschließen, die lediglich aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsvorschriften und aus Gründen der Datensicherung aufbewahrt werden müssen.

② Das bisher geforderte Glaubhaftmachen von berechtigten Interessen für eine Datenübermittlung ist durch eine Aufzeichnungspflicht zu ersetzen.

③ Die Registereinsicht in das öffentliche Dateiregister ist auf die Daten zu beschränken, deren Kenntnis zur Rechtsverfolgung erforderlich ist.

V. Technische und organisatorische Maßnahmen

① Die Eingabekontrolle begründet keine Protokollierungspflicht sämtlicher Datenverarbeitungsvorgänge.

② Die Abgangskontrolle darf nicht nur für die bei der Datenverarbeitung Be-

schäftigten gelten, sondern muß jedermann erfassen.

③ Benutzer- und Übermittlungskontrollen dürfen nicht nur bei der Übermittlung an Dritte, sondern müssen auch beim Datenaustausch innerhalb der speichernden Stelle gelten.

④ Die Transportkontrolle muß für den Datenaustausch innerhalb und außerhalb der speichernden Stelle gelten und muß jede Art von Computer-Output umfassen.

VI. Bereichsspezifischer Datenschutz

① Die Bedeutung und die Besonderheit bestimmter Bereiche des öffentlichen Lebens gebieten es, über das Bundesdatenschutzgesetz hinaus spezifische Datenschutzvorschriften zu erlassen, die den besonderen Gegebenheiten dieser Bereiche besser gerecht werden.

② Bereichsspezifische Regelungen müssen getroffen werden:

— für mehr Melderecht: Es muß sichergestellt werden, daß die umfassenden Personendaten der Bürger nur für Meldezwecke verwendet werden und ein Mißbrauch ausgeschlossen ist;

— für das Sozialversicherungsrecht: Angesichts der bei diesen Behörden gespeicherten Daten über die persönlichsten Bereiche der Bürger müssen klare und umfassende Regelungen zum Schutz gegen Mißbrauch und Weitergabe an Dritte getroffen werden;

— für die Sicherheitsbehörden: Es müssen Vorschriften erlassen werden, die die berechtigten Interessen unserer Bürger auf Schutz ihrer persönlichen Daten auch bei den Sicherheitsbehörden gewährleisten; andererseits muß aber auch sichergestellt werden, daß

diese Behörden, die eine unverzichtbare Arbeit zum Schutz unseres Staatswesens leisten, durch die Offenlegung nicht in unzumutbarer und unverhältnismäßiger Weise in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt werden.

VII. Grenzüberschreitender Datenverkehr

Seit Inkrafttreten des Bundesdatenschutzgesetzes sind in zahlreichen Nachbarländern spezielle Datenschutzregelungen erlassen worden. Eine Harmonisierung des Datenschutzrechts auf internationalem Gebiet ist daher dringend erforderlich.

Weil die Regierung und die Koalitionsparteien ihrer Verpflichtung zum Schutz der Bürgerrechte nicht nachgekommen sind und die dringend notwendige Novelle zum Datenschutz nicht erarbeitet haben, wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch in diesem Jahr einen eigenen Gesetzentwurf einbringen.

Kooperation mit Christdemokraten Lateinamerikas

Zu zweitägigen Gesprächen mit der CDU-Führung hielt sich der Generalsekretär der Organisation Christlicher Demokraten Lateinamerikas, Außenminister a. D. Aristides Calvani, am 4. und 5. Oktober in Bonn auf. Calvani traf mit Helmut Kohl und dem Präsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), Kai-Uwe von Hassel, zusammen. Außerdem fand eine Unterredung mit Bundespräsident Karl Carstens statt. Es wurde erörtert, welche Beiträge die deutschen und europäischen Christlichen Demokraten zur Stabilisierung der christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas leisten können.

■ MINISTER BAUM

Bericht klammheimlich korrigiert

Erstmals gibt es einen veröffentlichten Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung in zwei verschiedenen Fassungen: heimlich und ohne ein Wort der Erklärung hat Bundesinnenminister Baum den im Juli von ihm der Presse vorgelegten Bericht im Teil „Linksextremismus“ an mindestens drei Stellen wesentlich geändert.

① In der Übersicht über linksextremistische Organisationen hieß es in der Pressefassung:

„Die über hundert Sekundärorganisationen ...“

Jetzt heißt es in der zweiten, gedruckten Fassung:

„Die nach Hunderten zählenden Sekundärorganisationen ...“

② Bei der Charakterisierung der DKP fehlte in der Pressefassung der Hinweis, daß die DKP die Gewalt bejaht. Jetzt heißt es in der zweiten, gedruckten Fassung:

„... DKP ..., die unverändert die ‚revolutionäre‘ Gewalt bejaht ...“

③ Den von der DKP beeinflussten Organisationen wurde in der Pressefassung bescheinigt, sie verfolgten

„insgesamt Ziele, die nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind“.

Jetzt heißt es in der zweiten, gedruckten Fassung:

„... verfolgen aber auch Ziele, die nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.“

Dazu erklärte MdB Alfred Dregger: Klammheimlich versucht Herr Baum mit diesen Nachbesserungen von einem Teil der schwerwiegenden Unrichtigkeiten und Verharmlosungen im Teil „Linksextremismus“ seines Verfassungsschutzberichts herunterzukommen, die wir mit unserer Großen Anfrage vom 17. September 1979 aufgedeckt hatten. Aber so billig kann sich der Innenminister der Bundesrepublik Deutschland nicht durchmogeln:

Was er aller Öffentlichkeit über die Arbeit der Kommunisten und ihrer Helfer falsch dargestellt hat, hat er vor der gleichen Öffentlichkeit richtigzustellen. Da er den Mut nicht aufbringt, das freiwillig zu tun, werden wir im Bundestag für Klarheit sorgen.

Herr Baum wird nicht mit diesen drei Richtigstellungen davonkommen: Punkt für Punkt unserer Großen Anfrage wird er Farbe bekennen müssen. Schon jetzt hat er durch die heimliche Berichtigung der ersten Fassung seines Verfassungsschutzberichts zweierlei eingeräumt:

1. In der ersten Fassung wird der Linksextremismus verharmlost, indem Tatsachen verschwiegen oder falsch dargestellt werden.

2. Dem dabei ertappten Minister hat es an Mut gefehlt, für seine Fehler offen einzustehen.

Wie schon bei der von ihm selbst inszenierten Enthüllungskampagne gegen die Sicherheitsdienste hat Herr Baum erneut aus opportunistischen Erwägungen eine Haltung gezeigt, die eines Innenministers unwürdig ist.

Jetzt haben die Fraktionen von SPD und FDP Gelegenheit zu überlegen, wie sie ihre eifertige pauschale Rechtfertigungserklärung aus der Welt schaffen.

■ MEDIEN

Die Angst vor Radio Luxemburg

Die Angst der Bundesregierung, insbesondere des Bundeskanzlers, vor privaten Rundfunk- und Fernsehveranstaltern nimmt immer groteskere Formen an, stellte MdB Hans-Hugo Klein, Vorsitzender des Gesprächskreises „Medienpolitik“, in Bonn fest.

Vor allem die Aussicht, daß bei Einführung der Rundfunk-Satelliten-Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland auch ausländische Rundfunkstationen die Möglichkeit bekommen könnten, deutschsprachige Programme über ihre eigenen Satelliten ins Bundesgebiet auszustrahlen, erzeugt heftische, jedoch provinziell anmutende Reaktionen.

Jüngster Versuch, die Entwicklung und Chancen der neuen Kommunikationstechniken im Interesse des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zum Stehen zu bringen, scheinen die bei den soeben zu Ende gegangenen deutsch-französischen Konsultationen deutlich gewordenen Bemühungen um eine Konvention zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich speziell gegen die Pläne von Radio Tele Luxemburg (RTL) zu sein, das via Satellit in einigen Jahren kommerzielle Programme eigens für die Bundesrepublik Deutschland ausstrahlen könnte.

Wie diese als Großmachtspolitik anmutenden Anstrengungen in das Konzept

der politischen Einigung Europas und mehr noch in die gültige verfassungsrechtliche Lage hineinpassen sollen, bleibt wohl ein Geheimnis des Bundeskanzlers und seiner Berater. Stellt doch der „Zwischenbericht über die im Bereich der neuen Medien auftretenden Probleme“, den das Innenministerium für die Bundesregierung erstellt und der inzwischen zweimal dem Kabinett zur Beratung vorgelegen hat, eindeutig fest, daß es „weder rechtlich noch technisch zu verhindern“ ist, wenn künftig ausländische — „möglicherweise auch ausschließlich über Werbung finanzierte private“ — Programme in Konkurrenz zu den Programmen unserer Rundfunkanstalten treten.

Und unter Hinweis auf Art. 5 Abs. 2 GG hält es der Zwischenbericht der Bundesregierung mit dem geltenden Verfassungsrecht für unvereinbar,

„— allgemeinrechtliche oder technische Abwehrmaßnahmen gegen wesentlich auf Werbung beruhende ausländische Programme (zum Beispiel Radio Luxemburg) zu treffen“.

Angesichts dieser Ausgangslage könnte der Bonner Satelliten-Coup nur dann erfolgreich sein, wenn die medienpolitischen Berater des Bundeskanzlers an eine Eroberung von Radio Tele Luxemburg (RTL) denken. Fest steht jedoch heute schon: eine solche Medienpolitik wird langfristig ohne Erfolg bleiben.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Szenen eines Senats

„Die Zeit“ (4. Oktober 1979) bringt unter ihren traditionellen Glossen folgenden „Bericht“: In einer entscheidenden Sitzung des Hamburger Senats, in der es um Giftmüll ging, verschlug es einigen Teilnehmern geradezu die Sprache. Was davon übrigblieb, läßt dieses Stenogramm ahnen.

1. Senator: Skandal!
2. Senator: Jawohl!
3. Senator: Zurücktreten!
4. Senator: Wer?
5. Senator: Alle!
1. Senator: Oder keiner.
2. Senator: Oder du!
6. Senator: Wieso ich? Sie!
- Bürgermeister: Aber meine Herren!
7. Senator: Gift...
2. Senator: Wo? Wie? Wer?
4. Senator: Ich nicht!
7. Senator: ... für die Partei.
1. Senator: Schuld!
6. Senator: Wer — ich?
2. Senator: Wer sonst?
6. Senator: Keine Ahnung. Urlaub!
5. Senator: Fehler.
3. Senator: Zurücktreten!
4. Senator: Selber.

Bürgermeister: Aber meine Herren.

1. Senator: Letzter Stand?
2. Senator: Katastrophal!
4. Senator: Also, was nun?
3. Senator: Zurücktreten!
5. Senator: Schweigen Sie! — Reden Sie!
1. Senator: Der Bürgermeister...

Bürgermeister: Aber meine Herren.

2. Senator: Würde...
4. Senator: ... los.
2. Senator: ... sofort. Parteiräson.
5. Senator: Wer sonst?
7. Senator: Ausgeschlossen.
4. Senator: Einer muß!
3. Senator: Zurücktreten!
2. Senator: Der da!
4. Senator: Welcher — der da?
2. Senator: Nein, der daneben.
1. Senator: Pech — Meßlatte.
3. Senator: Zurücktreten!
6. Senator: Ich? Warum?
2. Senator: Verantwortung.
6. Senator: Wann?
4. Senator: Sofort!
6. Senator: Bedenkzeit.
1. Senator: Dallii, dallii!
5. Senator: Partei dankt.
6. Senator: Form?
2. Senator: Distinguiert. Freiwillig.
6. Senator: Lüge!

Bürgermeister: Meine Herren, meine Herren.

2. Senator: Parole?
5. Senator: Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Mullenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId